

Haus Raben bleibt geschützt



Das Kultur- und Kongresszentrum zwei Raben in Einsiedeln. Archivbild

Einsiedeln Das Bildungsdepartement des Kantons Schwyz hat entschieden, dass für das Haus Raben weiterhin das Schutzziel II gilt. Dies heisst es in den Mitteilungen des Bezirksrats Einsiedeln. Eine Einsprache des Bezirksrats gegen das Schutzziel II wurde damit abgewiesen.

Begründet wird dies mit dem wertvollen Treppenhaus, der statischen Binnwand, den Zimmerstrukturen des ehemaligen Gasthauses und dem historischen Dachstuhl. Diese KSI-Einordnung hat wesentlichen Einfluss auf einen künftigen Verkauf, eine Umnutzung und/oder eine Sanierung des ab dem kommenden Jahr leer stehenden Gebäudes (Umzug der Verwaltung in den Einsiedlerhof).

Erhaltung des Erscheinungsbilds und der Raumstrukturen

Die kantonale Denkmalpflege bereinigte 2024 das Inventar der Schutzobjekte (KSI) im Bezirk Einsiedeln. 2024 informierte das Bildungsdepartement den Bezirk, dass das Haus Raben als KSI-Objekt mit Schutzziel II geführt werde. Schutzziel II bedeutet die Pflicht zur Erhaltung des äusseren Erscheinungsbildes und eine Bewahrung der Raumstrukturen.

Der Bezirksrat erobt gegen diese Qualifikation in der Folge Einsprache mit dem Antrag, das Schutzziel III festzulegen (mit der Pflicht zum Erhalt blos des Charakters des Gebäudes). Im Oktober dieses Jahres fand eine Begehung statt, die Einsprache des Bezirks wurde in der Folge abgelehnt. (see)

Kirchgemeinde Illgau senkt Steuern

Illgau Am Donnerstag hielt die Römisch-katholische Kirchgemeinde Illgau ihre Versammlung in der Ilge ab. Die rund 90 anwesenden Personen genehmigten dabei das Budget 2026, das ein kleines Plus von 3500 Franken vor sieht. Erfreulicherweise konnte zudem der Steuerfuss von 0,32 auf neu 0,30 Einheiten gesenkt werden.

Dies ist möglich, da auch für die nächsten Jahre jeweils kleine Ertrags überschüsse budgetiert sind und das Eigenkapital per Ende 2024 rund 426'000 Franken betrug. Illgau ist nach Muotathal der zweitgrösste Profiteur vom Finanzausgleich unter den Kirchgemeinden, im Jahr 2026 erhält man etwa 169'000 Franken.

An der Versammlung machte Kirchgemeindepräsident Ernst Bürgler zu dem darauf aufmerksam, dass es immer schwieriger werde, genügend Ministranten und Ministrantinnen zu finden. Er rief dazu auf, die Kinder wieder mehr dafür zu begeistern. (lai)

Replik auf Aussagen des Armeechefs

Herr Süssli: Ist Ukraine-Frieden bedrohlicher als Krieg?!

In einem Interview mit dem «Boten der Urschweiz» erklärte Armeechef Thomas Süssli kürzlich, ein Friedensvertrag oder sogar ein Waffenstillstand in der Ukraine könne für Europa bedrohlicher sein als die Fortsetzung des Kriegs. Falls Russlands Armee nicht länger in der Ukraine gebunden wäre, könnten freie Kräfte entlang Europas Grenzen verstärkt werden. Deshalb müsse die Schweiz – selbst im Falle eines Friedens – ihre Rüstungspläne nicht stoppen, sondern weiter ausbauen.

Diese Aussage vom Armeechef eines neutralen Landes macht mich nachdenklich. Im Umkehrschluss heisst das doch: Die Fortsetzung des Kriegs ist für Europa tendenziell weniger bedrohlich als ein Waffenstillstand oder die Umsetzung von Trumps Friedensplan. **Hat Thomas Süssli mehr Angst vor dem Frieden oder dem Krieg?** Natürlich ist nicht mit Sicherheit auszuschliessen, dass Thomas Süssli unrecht hat, als Laie erlaube ich mir aber doch eine hoffnungsvollere Sichtweise:

«*NZZ*»-Chefredaktor Eric Gujer weist darauf hin, dass der US-Vorschlag

keineswegs einer Kapitulation gleichkomme, wie die meisten europäischen Regierungen und Medien behaupten würden. Die wichtigsten Ziele der Ukraine würden erreicht: ein souveräner Staat und der Weg in die EU. Die Abtretung der östlichen Gebiete sei sehr bitter, aber weniger schlimm als die Fortsetzung des sinnlosen Sterbens. Der Plan von Trump erfährt auch noch Korrekturen. Bemerkenswert ist diese Aussage, weil Gujer zuvor lange eine offensive Militärstrategie der Nato gegenüber Russland befürwortet hat.

Hinzuzufügen ist, dass ein militärischer Sieg der Ukraine kaum realistisch scheint – jedenfalls nicht, solange China und Indien Russland stützen. Oder nur um den Preis eines unermesslichen Blutzolls und des Risikos eines Dritten Weltkriegs. Genügen mehr als eine Million Tote und Verletzte nicht?

Ohne Armee gibt es keine Sicherheit – aber ein Rüstungswettlauf schafft ebenfalls keine. Weltweit flossen 2024 rund 2700 Milliarden US-Dollar (!) in die militärische

Rüstung. Trotzdem will Westeuropa seine Rüstung verdoppeln. In Polen lernen bereits 14- und 15-Jährige in der Schule das Schiessen.

Es droht eine selbsterfüllende Prophezeiung: Beide Seiten rüsten auf und begründen dies mit der Aufrüstung der jeweils anderen Seite. Am Ende glauben alle, recht zu haben, weil die Gegenseite tatsächlich gefährlicher wird. Dennoch dürfte ein Angriff Russlands auf ein Nato-Land unwahrscheinlich sei – unter anderem weil Russland in der Ukraine in zwei Jahren nur begrenzte Gebietsgewinne erzielt hat und immer mehr unter den Folgen des Kriegs leidet.

Langfristig führt wohl nur Diplomatie aus dieser Eskalationspirale heraus. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt wird das Zitat zugeschrieben: «Lieber hundert Stunden vergeblich verhandeln als eine Minute schissen.» Schmidt und etliche andere sehr renommierte Experten – darunter Jack Matlock, Jeffrey Sachs und der ehemalige CIA-Direktor William Burns – warnten schon früh eindringlich vor einer Nato-Osterweiterung

bis an die ukrainische Grenze. Sie kritisieren zwar auch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands, machen den Westen aber mitverantwortlich für die heutige Lage. Die Rede ist unter anderem von einer Missachtung der Sicherheitsbedürfnisse Russlands und einer Verletzung (mündlicher) Versprechen gegenüber Gorbatschow.

Neutralität ist kein Egoismus. Wenn die Schweiz ihre Rolle als humanitäre Helferin (Rotes Kreuz), aktive Friedensvermittlerin und als Standort internationaler Organisationen stärkt, erhöht das ihre Sicherheit vermutlich ebenso stark wie durch zusätzliche Waffen.



Hugo Triner
Verleger des «Boten der Urschweiz»

PFAS-Fische beschäftigen auch Schwyz

Zwar überschreiten die PFAS-Belastungen in Fischen aus dem Vierwaldstätter- und dem Zürichsee die Grenzwerte nicht. Doch es bleiben viele offene Fragen – unter anderem zur Entschädigung und Sanierung.

Franziska Kohler

Seit Mitte November dürfen keine Hechte und Egli aus dem Zugersee mehr verkauft werden. Der Grund: Sie weisen zu hohe PFAS-Werte auf. Diese Chemikalien reichern sich in der Umwelt an, bauen sich kaum ab und können umwelt- und gesundheitsschädlich sein.

Doch wie sieht die Situation allgemein im Kanton Schwyz aus? Das Umweltdepartement schreibt in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage von Mitte-Kantonsrat Norbert Knechtli (Pfäffikon), dass auch Fische aus dem Vierwaldstättersee und dem Zürichsee untersucht worden seien. Dies im Rahmen des schweizweit koordinierten PFAS-Monitorings in Lebensmitteln.

Kanton muss handeln

Die gute Nachricht: Keine der Proben lag über den geltenden Höchstwerten. Weitere Seen des Kantons Schwyz seien nicht untersucht worden. Denn dort gefangene Fische würden «nicht gewerbsmäßig in Verkehr gebracht.» Das Lebensmittelrecht sei nicht auf private Nutzung anwendbar.

Handlungsbedarf ergibt sich für den Kanton Schwyz dennoch. Denn aus den Befunden im Zugersee stellt sich die Frage nach der Entsorgung der belasteten Fische sowie einer möglichen Entschädigung der betroffenen Berufsfischer. Die Kantone Schwyz und Zug prüfen derzeit «die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung für die Berufsfischerei».

Der Schwyzer Regierungsrat habe zudem die zuständigen Ämter sowie das Laboratorium der Urkantone be-



Fischer Daniel Schwendeler fischt Anfang Dezember Felchen und Egli auf dem Zugersee.

Bild: Keystone

auftragt, weitere Abklärungen zur Erfassung, Bewertung und Reduktion von PFAS im Kanton vorzunehmen.

Sanierung zurzeit nicht möglich

Gerade die Reduktion gestaltet sich allerdings nicht einfach. «Zurzeit können PFAS-Belastungen im Wasser in geringem Umfang, beispielsweise mit Um-

kehrosmose, saniert werden», schreibt das Umweltdepartement. Jedoch gebe es derzeit in der Schweiz keine Sanierungsmöglichkeiten im grossen Massstab, die marktfähig seien. «Die Forschung unter Laborbedingungen ist dazu erst richtig angelaufen», heisst es weiter. Bis diese auf den Markt kämen, würden noch einige Jahre bis Jahrzehnte vergehen. Hinzu kommt: Allfällige Massnahmen auf kantonaler Ebene seien derzeit mit grosser Unsicherheit belastet. Denn auf Bundesebene seien gemäss Umweltdepartement zahlreiche politische Vorstösse zu PFAS hängig, darunter Fragen nach Höchstwerten, Möglichkeiten zur Reduzierung von Einträgen, Entschädigungen, Alternativen sowie Deklarationspflichten. Diese müssten politisch erst erklärt werden.